

Gerhard Lehner¹⁾

Steuerreform und EU-Beitritt prägen den Bundeshaushalt 1994 und 1995

Der Bund stützte 1994 durch die Steuerreform den Konjunkturaufschwung. 1995 prägen Sonderfaktoren in der Folge des EU-Beitritts den Bundeshaushalt. Mit den Konsolidierungsmaßnahmen setzt der Bund einen wichtigen Schritt zur Eindämmung der Neuverschuldung. Dennoch bleiben Strukturprobleme (im Bundeshaushalt) bestehen, die mittelfristig gelöst werden müssen.

Der Bundeshaushalt 1994 war durch die zweite Etappe der Steuerreform und die Nachwirkungen des Konjunkturerinbruchs 1993 geprägt. Die Abschaffung der (Bundes-)Gewerbesteuer, der Vermögensteuer, des Erbschaftssteueräquivalents und der Sonderabgabe von Banken brachten für den Bund Einnahmehinzuwünfte von 15,5 Mrd. S (im Vergleich zu 1993). Mindereinnahmen ergaben sich auch aus der Anhebung des allgemeinen Absetzbetrags in der Lohn- und Einkommensteuer; sie trafen den Bund 1994 mit rund 6,9 Mrd. S, stärkten aber die verfügbaren Einnahmen. Die schwache Konjunktur spiegelt sich (mit zeitlicher Verzögerung) im gedämpften Aufkommen an gewinnabhängigen Steuern. Der Bund erhöhte für die Zeit von 1. Februar 1993 bis 31. März 1994 den Investitionsfreibetrag von 20% auf 30%, um die privaten Investitionen zu stimulieren und den Konjunkturaufschwung zu stützen. Die realen Ausrüstungsinvestitionen stiegen 1994 um 7,9%, die Maßnahme dürfte daher (im I. Quartal 1994) die Investitionstätigkeit merklich stimuliert haben. Ihre Effekte im Budget (Einnahmehinzuwünfte) werden erst mit zeitlicher Verzögerung spürbar werden. Ins-

gesamt stützte der Bund 1994 den Konjunkturaufschwung

Der Bundesvoranschlag 1995 ist vor allem durch drei Faktoren geprägt: durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, die (Nach-) Wirkungen der zweiten Etappe der Steuerreform und durch die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung

Die Einflüsse des EU-Beitritts auf den Bundeshaushalt lassen sich grob in vier Bereiche gliedern: die Beitragszahlungen, die steuerlichen Wirkungen, die Zahlungen an die Landwirtschaft und schließlich Regionalförderung und sonstiges. Österreich hat 1995 zur Finanzierung des EU-Haushalts 28,1 Mrd. S zu leisten; davon tragen der Bund 18,1 Mrd. S, die Länder 5,25 Mrd. S und die Gemeinden 4,75 Mrd. S¹⁾. Die Beitragszahlungen werden im Bundeshaushalt nicht als Ausgaben dargestellt, sondern von den Steuereinnahmen abgesetzt. Es erfolgt somit eine Nettodarstellung, wie sie etwa auch Deutschland vornimmt

Österreich erhält für die Einhebung der Zölle und Abschöpfungen (wie die anderen EU-Staaten) eine Einhebungsvergütung von 10%, das sind rund 0,5 Mrd. S Netto

Der Bundeshaushalt 1994 und 1995

Übersicht 1

| | 1993 Erfolg | 1994 Bundesvoranschlag | 1994 Vorläufiger Erfolg | 1995 Bundesvoranschlag | 1993/94 Veränderung gegen das Vorjahr in % | 1994/95 |
|-----------------------------|----------------|---------------------------|----------------------------|---------------------------|---|---------|
| | | Mrd. S | | | % | |
| Allgemeiner Haushalt | | | | | | |
| Ausgaben | 699,7 | 709,3 | 731,2 | 752,0 | + 4,5 | + 2,8 |
| Einnahmen | 601,4 | 628,6 | 626,4 | 649,8 | + 4,2 | + 3,7 |
| Saldo | - 98,2 | - 80,7 | - 104,8 | - 102,2 | + 6,7 | - 2,5 |
| Ausgleichshaushalt | | | | | | |
| Ausgaben | 156,4 | 158,1 | 121,1 | 214,2 | - 22,6 | + 76,9 |
| Einnahmen | 254,7 | 238,8 | 225,9 | 316,4 | - 11,3 | + 40,1 |
| Saldo | + 98,2 | + 80,7 | + 104,8 | + 102,2 | + 6,7 | - 2,5 |

¹⁾ Die Aufbereitung der statistischen Daten betreute Brigitte Schütz

¹⁾ Diese Aufteilung war noch unter der Annahme erfolgt, daß die Kommunalsteuer den Gemeinden durch die Erweiterung der Bemessungsgrundlage um etwa 4 Mrd. S mehr bringt. Diese Maßnahme wurde jedoch durch eine Reduzierung des Investitionsfreibetrags auf 9% ersetzt

Der Bundeshaushalt im Überblick

Vorläufiger Erfolg 1994

Der vorläufige Gebarungserfolg des Bundes für 1994 weist im *allgemeinen Haushalt* Ausgaben von 731,2 Mrd. S und Einnahmen von 626,4 Mrd. S aus. Der Nettoabgang beträgt somit 104,8 Mrd. S, das entspricht 4,7% des BIP (1992 3,2%, 1993 4,6%). Die Ausgaben des Bundes stiegen 1994 um 4,5%, die Einnahmen um 4,2%. Die Zuwachsraten lagen damit unter jener des nominellen BIP (6,0%). Im Budgetvollzug wurden die veranschlagten Ausgaben zwar um 21,9 Mrd. S überschritten, doch entfielen davon 20,6 Mrd. S auf Rücklagenzuführungen. Ohne diese Maßnahmen hätten die Überschreitungen nur 1,3 Mrd. S oder 0,2% des Voranschlags betragen, der damit 1994 im Vollzug global weitgehend eingehalten wurde. Die Einnahmen blieben insgesamt um 2,2 Mrd. S hinter den Erwartungen zurück. Ohne die Rücklagenzuführungen wäre der Nettoabgang mit 84,2 Mrd. S im Vollzug um bloß 2,4 Mrd. S überschritten worden. Der Konjunkturausgleichshaushalt wurde 1994 — wie in den Vorjahren — nicht eingesetzt.

Im *Ausgleichshaushalt* stehen 1994 Ausgaben von 121,1 Mrd. S Einnahmen von 225,9 Mrd. S gegenüber. Das ergibt einen Überschuß von 104,8 Mrd. S, der dem Abgang im allgemeinen Haushalt entspricht. In den Ausgaben des Ausgleichshaushalts sind Tilgungen von Finanzschulden von 67,7 Mrd. S und von Kreditverbindlichkeiten der ÖIAG im Ausmaß von 1,2 Mrd. S enthalten. Die Rückzahlungen von Kassenstärkern erforderten 31,0 Mrd. S, der verbleibende Betrag entfällt auf Ausgaben im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen. Die Einnahmen im Ausgleichshaushalt setzen sich aus Kreditaufnahmen für die Bedeckung des (Brutto-)Budgetabgangs 1994 von 173,1 Mrd. S, der Aufnahme von Kassenstärkern in Höhe von 31,1 Mrd. S und Einnahmen im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen zusammen.

Bundesvoranschlag 1995

Im *Bundesvoranschlag* 1995 sind im allgemeinen Haushalt die Ausgaben mit 752,0 Mrd. S und die Einnahmen mit 649,8 Mrd. S präliminiert. Der veranschlagte Nettoabgang beträgt daher 102,2 Mrd. S (4,3% des BIP). Die Ausgaben sind — verglichen mit dem vorläufigen Erfolg 1994 — um 2,8% höher veranschlagt, für die Einnahmen wird eine Zunahme von 3,7% erwartet.

Der *Ausgleichshaushalt* sieht für 1995 Ausgaben von 214,2 Mrd. S und Einnahmen von 316,4 Mrd. S vor; daraus ergibt sich ein Überschuß von 102,2 Mrd. S. Der Gesamthaushalt ist somit ausgeglichen. Die Ausgaben im Ausgleichshaushalt setzen sich aus Tilgungen von Finanzschulden (116,9 Mrd. S), von ÖIAG-Schulden (4,3 Mrd. S), Rückzahlungen von Kassenstärkern (75 Mrd. S) und weiteren Ausgaben im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen zusammen. Die Summe der Einnahmen bilden Aufnahmen von Finanzschulden (225,4 Mrd. S), von Kassenstärkern (75 Mrd. S) und aus Währungstauschverträgen (16,0 Mrd. S).

Im *Bundesvoranschlag* 1995 ist wieder ein Konjunkturausgleichshaushalt vorgesehen, der Gesamtausgaben von 5,1 Mrd. S enthält; davon entfallen 2,4 Mrd. S auf die Stabilisierungsquote und 2,7 Mrd. S auf die Konjunkturbelebungsquote.

wirken sich daher die Beitragszahlungen auf den Bundeshaushalt mit rund 17,6 Mrd. S. Dazu kommen Zahlungen (Kapitalaufstockungen) an die Europäische Investitions-

Modifizierte Ausgaben und Einnahmen des Bundes

In Österreich werden entgegen dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und entgegen internationalen Gepflogenheiten einige Betriebe voll in den Bundeshaushalt integriert. Das gilt gegenwärtig für die Post, die Bundesforste, das Branntweinmonopol und die Bundestheater. In den letzten Jahrzehnten wurde eine Reihe von Betrieben aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert (Salinen, Staatsdruckerei, Apotheken, Glücksspielmonopolverwaltung, Hauptmünzamt, Bundesbahn). Insbesondere die Ausgliederung der Bahn (ab 1994) verzerrt den Vergleich einzelner Ausgaben- und Einnahmenkomponenten mit den Vorjahren stark.

Das WIFO wird daher — dem Konzept der VGR und international üblichen Gegebenheiten entsprechend — die verbliebenen Betriebe nunmehr nicht mehr brutto, sondern nur mit ihren Salden (Betriebsabgänge als Ausgaben, Betriebsüberschüsse als Einnahmen) darstellen. Damit können künftig Verzerrungen durch weitere Ausgliederungen (etwa der Post) vermieden werden. Zudem werden die Durchläufer aus den Einnahmen und Ausgaben ausgeschieden; sie sind ohnehin saldenneutral, schwankten aber in den letzten Jahren spürbar und verzerrten damit sowohl die Gesamtwicklung als auch einzelne Ausgaben- und Einnahmenkomponenten.

Der folgenden Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes und ihrer Komponenten liegen ausschließlich diese „bereinigten“ Zahlen zugrunde. Im Vergleich zu früheren Budgetanalysen ergeben sich dadurch in der Struktur der Einnahmen und Ausgaben erhebliche Abweichungen. Die modifizierten Gesamtausgaben des Bundes betragen im Voranschlag 1995 681,6 Mrd. S, das entspricht einer Zuwachsrate von 3,1%, die bereinigten Einnahmen machen 579,5 Mrd. S aus (+4,1%). Die Überschüsse der Betriebe übersteigen 1995 die Abgänge um 8,4 Mrd. S (1994 8,3 Mrd. S). Die Durchläufer betragen 13,9 Mrd. S (1994 15,6 Mrd. S).

bank. Sie erfordern 1995 2,0 Mrd. S. Insgesamt gibt der Bund daher für die Beiträge an die EU 1995 rund 19,6 Mrd. S (netto) aus.

Die *steuerlichen Maßnahmen* betreffen vor allem die Umsatzsteuer und sind als einmaliger Effekt nur 1995 wirksam. Durch den Wegfall der Einfuhrumsatzsteuer für Lieferungen aus EU-Staaten entsteht 1995 ein (einmaliger) Ausfall von zwei Monatsaufkommen (gemessen an der früheren Einfuhrumsatzsteuer) brutto etwa 11,5 Mrd. S. Auf den Bund entfallen davon etwa 8 Mrd. S. Durch die Übernahme des EU-Außenzolls, dessen Sätze im Durchschnitt niedriger sind als die bisherigen österreichischen Zollsätze, entstehen (zusätzliche) Einnahmefälle von etwa 1,7 Mrd. S. (Die Zolleinnahmen für 1995 sind mit 5,5 Mrd. S veranschlagt. 1994 brachten die Zölle rund 6,8 Mrd. S, bei unverändertem Zollrecht wären für 1995 etwa 7,2 Mrd. S an Zolleinnahmen zu erwarten gewesen.)

Die anderen Steuerausfälle hängen nur mittelbar mit der EU-Mitgliedschaft zusammen. Das gilt für die Senkung der Gesellschaftssteuer (von 2% auf 1%), die etwa 0,5 Mrd. S kostet sowie die Abschaffung der Weinsteuer und die Senkung der Sätze der Schaumweinsteuer, die zusammen ebenfalls die Steuereinnahmen um 0,5 Mrd. S schmälern. Insgesamt ist somit für 1995 mit einem Ausfall an Steuereinnahmen für den Bundeshaushalt von 10,7 Mrd. S zu rechnen.

Modifizierte Ausgaben und Einnahmen des Bundes

Übersicht 2

| | 1993 Erfolg | 1994 Bundesvoranschlag | 1994 Vorläufiger Erfolg Mrd S | 1995 Bundesvoranschlag | 1993/94 Veränderung gegen das Vorjahr in % | 1994/95 Veränderung gegen das Vorjahr in % |
|--------------------------------|----------------|---------------------------|-------------------------------------|---------------------------|---|---|
| Ausgaben allgemeiner Haushalt | 699,7 | 709,3 | 731,2 | 752,0 | + 4,5 | + 2,8 |
| - Ausgaben der Betriebe | 95,9 | 55,3 | 56,8 | 58,8 | - 40,7 | + 3,5 |
| - Durchlaufer | 6,4 | 13,8 | 15,6 | 13,9 | + 143,6 | - 10,5 |
| + Abgänge der Betriebe | 14,6 | 2,5 | 2,4 | 2,4 | - 83,7 | + 1,1 |
| Bereinigte Ausgaben | 612,0 | 642,6 | 661,2 | 681,6 | + 8,0 | + 3,1 |
| Einnahmen allgemeiner Haushalt | 601,4 | 628,6 | 626,4 | 649,8 | + 4,2 | + 3,7 |
| - Einnahmen der Betriebe | 90,2 | 63,1 | 65,2 | 67,2 | - 27,8 | + 3,1 |
| - Durchlaufer | 6,4 | 13,8 | 15,6 | 13,9 | + 143,6 | - 10,5 |
| + Überschüsse der Betriebe | 9,0 | 10,3 | 10,7 | 10,8 | + 19,7 | + 0,4 |
| Bereinigte Einnahmen | 513,8 | 561,9 | 556,4 | 579,5 | + 8,3 | + 4,1 |

Bundesbahn und Budgetsaldo

Übersicht 3

| | 1993 Erfolg | 1994 Bundesvoranschlag | 1994 Vorläufiger Erfolg Mrd S | 1995 Bundesvoranschlag | 1993/94 Veränderung gegen das Vorjahr in % | 1994/95 Veränderung gegen das Vorjahr in % |
|---|----------------|---------------------------|-------------------------------------|---------------------------|---|---|
| Abgang der ÖBB | 12,2 | | | | | |
| + Tarifabgeltungen | 8,0 | 7,6 | 7,6 | 7,8 | - 4,3 | + 2,7 |
| + Pensionsabgeltung netto | 14,1 | 14,3 | 14,8 | 15,5 | + 5,0 | + 4,7 |
| + Infrastrukturabgeltung netto | | 9,1 | 9,1 | 8,3 | | - 8,4 |
| + Kostenersatz für Hochleistungsstrecken | 0,8 | 1,2 | 1,1 | 1,1 | + 40,0 | + 2,4 |
| Saldenwirksame Ausgaben an die ÖBB | 35,1 | 32,2 | 32,6 | 32,7 | - 7,1 | + 0,5 |

Zusammenhänge von Bundesbahnen und Bundeshaushalt

Die Bundesbahnen sind (nach ihrer Ausgliederung ab 1994) durch mehrere Komponenten mit dem Bundeshaushalt verknüpft, die hier kurz beschrieben werden, weil auf die Bundesbahnen fast ein Drittel des gesamten Nettodefizits des Bundes entfällt. Insgesamt wendet der Bund 1995 für die Bahn 32,7 Mrd. S (netto) auf (1994 32,6 Mrd. S, 1993 35,1 Mrd. S).

- Der Bund trägt einerseits die Kosten der *Infrastruktur* (1995 11,1 Mrd. S) und erhält andererseits von den ÖBB 2,8 Mrd. S als Entgelt für die Benützung. Gegenüber 1994 hat sich dieser Saldo für den Bundeshaushalt verbessert (1994 9,1 Mrd. S, 1995 8,3 Mrd. S)
- Der Bund zahlt seit 1994 die (gesamten) *Pensionen* der Bundesbahnbediensteten (1995 20,6 Mrd. S) und erhält andererseits von den ÖBB einen Pensionsbeitrag von 26% der Aktivbezüge der Bundesbahnbediensteten (1995 5,0 Mrd. S). Somit ergibt sich ein Saldo von 15,5 Mrd. S. 1994 betrug dieser Saldo 14,8 Mrd. S.
- Die *Tarifabgeltungen* betragen 1995 7,8 Mrd. S (1994 7,6 Mrd. S). Sie ersetzen den Bundesbahnen Einnahmehinzuflüsse aus Tarifbegünstigungen im Personen- und Güterverkehr.
- Der Ausbau von Bahnstrecken wird zum Teil durch die *Hochleistungsstrecken-AG* abgewickelt und durch die ASFINAG finanziert. Der Bund zahlt an die ASFINAG 1995 1,1 Mrd. S (1994 1,1 Mrd. S, 1993 0,8 Mrd. S) zur Deckung der Zinsen (und Tilgungen) für die von der ASFINAG für die Hochleistungsstrecken-AG aufgenommenen Kredite.

Unter den Zahlungen an die *Landwirtschaft* ist zwischen einmaligen (nur 1995) und sich über mehrere Jahre erstreckenden Ausgaben zu unterscheiden.

Die Lagerabwertung erfordert im Bundeshaushalt 1995 3,4 Mrd. S²⁾. Für den degressiven Preisausgleich — er soll die Einkommenseinbußen für die Bauern mildern, die sich aus der sofortigen Übernahme des Binnenmarktmodells für die Landwirtschaft ergeben — sind im Bundeshaushalt 5,2 Mrd. S vorgesehen (die Länder bringen zusätzlich 0,65 Mrd. S auf). Aus EU-Mitteln werden 1,9 Mrd. S finanziert, sodaß für den Bund 3,3 Mrd. S saldenwirksam bleiben. Insgesamt erfordern demnach die beiden Übergangsmaßnahmen (Lagerabwertung und degressiver Preisausgleich) 1995 4,7 Mrd. S.

Die übrigen Zahlungen an die Landwirtschaft umfassen die Marktordnungsmaßnahmen im Rahmen des EU-Beitrittsvertrags (Direktzahlungen), Maßnahmen der agrarischen Strukturförderung, Zahlungen für die Verwertung der Ernte 1994, die noch nach der bisherigen österreichischen Förderung abgewickelt werden, sowie nationale Förderungsmaßnahmen (zusammengefaßt im Titel 601 des Bundesvoranschlags 1995).

Alle diese Zahlungen an die Landwirtschaft sind 1995 mit 16,6 Mrd. S präliminiert. Andererseits waren bereits bisher Förderungsmaßnahmen an die Landwirtschaft budgetiert. Der vorläufige Erfolg 1994 weist 14,9 Mrd. S (netto) aus. Die EU hat sich bereit erklärt, Österreich 1995 7,8 Mrd. S (583 Mill. ECU) zu überweisen, um Verzögerungen der Zahlungen aus dem EU-Haushalt für Marktordnungsmaßnahmen zu überbrücken, weil Österreich sofort das Binnenmarktmodell übernommen hat. Ein Teil dieser Mittel,

²⁾ 1 Mrd. S wird darüber hinaus von den Ländern aufgebracht. Insgesamt erfordert die Lagerabwertung als einmalige Leistung etwa 4,4 Mrd. S.

Bundeschvoranschlag 1995 und EU

Übersicht 4

| | Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen | Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen |
|--|---|---|
| | Mrd S | |
| Beitrag zur Europäischen Union | 18,1 | |
| Beteiligung an der Europäischen Investitionsbank | 2,0 | |
| Zahlungen aus dem EU-Haushalt | | 13,1 |
| Steuern ¹⁾ | | |
| Mehrwertsteuer | 8,0 | |
| Zölle | 1,7 | |
| Sonstige Steuern | 1,0 | |
| Einhebungsvergütung (Zölle Abschöpfungen) | | 0,5 |
| Ausgaben an die Landwirtschaft ²⁾ | | |
| Lagerabwertung | 3,4 | |
| Degressiver Preisausgleich | 5,2 | |
| Sonstige Förderungen ³⁾ | 16,6 | 14,9 |
| Insgesamt | 56,0 | 28,5 |
| Mehrausgaben netto | 27,5 | |
| Ermächtigungen gemäß Art. II und VII BFG | 5,8 | |

¹⁾ Schätzungen — ²⁾ Die Zahlungen der Länder für die Lagerabwertung (1,0 Mrd. S) und den degressiven Preisausgleich (0,65 Mrd. S) sind nicht berücksichtigt. — ³⁾ Mehrausgaben: Summe Titel 601 bis 604 Bundesvoranschlag 1995 Minderausgaben: Summe Titel 601 bis 604 Vorläufiger Erfolg 1994.

trägt zur Finanzierung der Lagerabwertungen und des degressiven Preisausgleichs bei. Außerdem überweist die EU 5,2 Mrd S für Umweltförderung und laufende Marktordnung. Insgesamt kommen 1995 13,1 Mrd S der Einnahmen des Bundes aus dem EU-Haushalt. Der Beitritt zur Europäischen Union beeinflusst den Budgetsaldo des Bundes 1995 mit etwa 27,5 Mrd S.

Insgesamt beeinflusst der Beitritt zur Europäischen Union den Budgetsaldo des Bundes 1995 mit etwa 27,5 Mrd. S.

In den Art II und VII des Bundesfinanzgesetzentwurfes sind zusätzliche Überschreitungsermächtigungen von 5,8 Mrd S für Zahlungen an die Landwirtschaft vorgesehen. Wieweit sie tatsächlich im Budgetvollzug beansprucht werden, läßt sich gegenwärtig jedoch nicht abschätzen.

Die Förderungen (Zahlungen) aus dem Regional- und Sozialfonds der EU lassen sich gegenwärtig ebenfalls noch nicht quantifizieren. Sie sind daher auf der Einnahmenseite nur mit Erinnerungsposten eingesetzt, für die Ausgaben besteht nach Maßgabe (und Ausmaß der tatsächlichen Zahlungen) der EU eine Überschreitungsermächtigung. Diese Transaktionen sind daher ebenfalls saldenneutral.

Die zweite Etappe der Steuerreform wirkt sich noch in Einnahmenausfällen aus der Abschaffung von Steuern von 1,4 Mrd S (im Vergleich zu 1994) aus. Ein Zwölftel der Lohnsteuereinnahmen ist 1995 noch von der Erhöhung des allgemeinen Absatzbetrags betroffen (knapp 1 Mrd S). Auch in der Einkommensteuer ist die Anhebung des Absatzbetrags erst heuer teilweise spürbar. Insgesamt dürfte die zweite Etappe der Steuerreform im Jahre 1995 Einnahmenausfälle von etwa 2,5 Mrd S bewirken.

Die Konsolidierungsmaßnahmen werden die Ausgaben 1995 insgesamt um etwa 10 Mrd S dämpfen, das sind knapp 1,5% des Ausgabenvolumens. Im Personalaufwand

Komponenten des Budgetsaldos

Übersicht 5

| | Erfolg 1993 | Bundeschvoranschlag 1994 | Vorläufiger Erfolg 1994 | Bundeschvoranschlag 1995 |
|-------------------------------|----------------|-----------------------------|----------------------------|-----------------------------|
| | Mrd S | | | |
| Saldo laufender Transaktionen | - 52,8 | - 33,6 | - 31,5 | - 34,8 |
| Investitionen und | | | | |
| Liegenschaftskäufe | - 12,0 | - 13,4 | - 12,9 | - 13,0 |
| Kapitaltransfers (netto) | - 36,9 | - 50,0 | - 47,7 | - 77,3 |
| BIP-relevanter Saldo | - 101,7 | - 97,0 | - 92,1 | - 125,0 |
| Saldo vermögenswirksamer | | | | |
| Transaktionen | - 0,3 | + 6,1 | - 6,0 | + 5,8 |
| Rücklagenzuführung (netto) | + 3,8 | + 10,2 | - 6,8 | 17,1 |
| Saldo allgemeiner Haushalt | - 98,2 | - 80,7 | - 104,8 | - 102,2 |

für aktive Bedienstete ist heuer mit Einsparungen von etwas mehr als 2 Mrd S zu rechnen, und die Erhöhung des Pensionsbeitrags der Beamten von bisher 10¼% auf 11¾% entlastet den Bundeshaushalt 1995 um rund 1,4 Mrd S. Durch Maßnahmen im Personalbereich wird daher der Budgetsaldo 1995 um 3,5 Mrd S verbessert.

In der Familienförderung werden rund 2,7 Mrd S eingespart, vor allem durch die Senkung der Familienbeihilfen um 100 S pro Monat und Kind, ferner durch Selbstbehalte für Schülerfreifahrten und Schulbücher. In der Arbeitslosenversicherung ist eine Reihe von Maßnahmen geplant; sie sollen insgesamt 1,4 Mrd S bringen, davon werden jedoch heuer nur rund 0,87 Mrd S saldenwirksam. In der Pensionsversicherung werden durch Verringerung der Ausfallhaftung des Bundes und Reduzierung des Bundesbeitrags zur Unfallversicherung der Bauern Ausgaben von 0,6 Mrd S eingespart. Auf der Einnahmenseite kommt dazu eine Anhebung des Finanzierungsanteils der Bauern und Selbständigen (1,1 Mrd S).

Die Reduzierung der Investitionsausgaben sowie der laufenden Sachausgaben und Förderungen spart ebenfalls rund 4 Mrd S. Die Anhebung der Mineralölsteuer bringt heuer Mehreinnahmen von etwa 4,7 Mrd S. Die ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung dürften den Bundeshaushalt 1995 in Summe um etwa 16 bis 17 Mrd S entlasten.

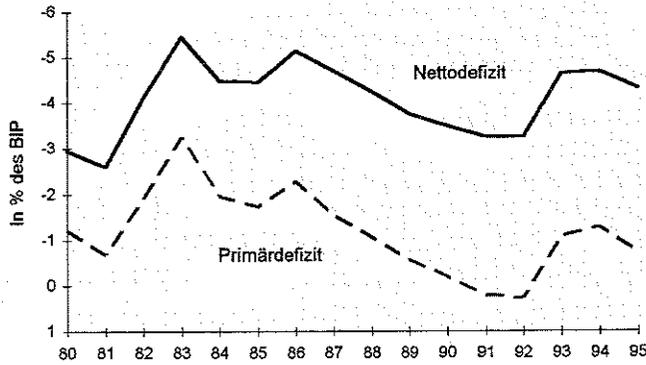
Die ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung dürften den Bundeshaushalt 1995 um etwa 16 bis 17 Mrd. S entlasten.

Eine Aufgliederung des Nettodefizits zeigt, daß die vermögenswirksamen Transaktionen und die Rücklagengebarung die Budgetsalden stark beeinflussen. Der BIP-relevante Saldo verringerte sich 1994 auf 92,1 Mrd S (1993 101,7 Mrd S). Vor allem der Saldo der laufenden Transaktionen wurde reduziert, allerdings durch die zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen, die nur Liquiditätseffekte verursachten, aber nicht die Nachfrage dämpften. Die Anhebung des Investitionsfreibetrags wirkt jedoch konjunkturstützend. Die Finanzpolitik dürfte daher im Vorjahr den Aufschwung stärker stimuliert haben als der Budgetsaldo des Bundes zeigt.

1995 steigt das BIP-relevante Defizit wieder (trotz der Konsolidierungsmaßnahmen), und zwar auch wenn man die

Budgetsalden

Abbildung 1



Zahlungen an den EU-Haushalt (knapp 20 Mrd S) unberücksichtigt läßt, weil sie nicht im Inland nachfragewirksam werden. Dennoch dürften vom Bundeshaushalt 1995 keine expansiven Effekte ausgehen: Das wachsende Defizit ist vor allem auf die Einnahmehausfälle an Umsatzsteuer zurückzuführen, die aber nur Liquiditätseffekte bringen, während die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung die Nachfrage (leicht) dämpfen (siehe Breuss, F., Schebeck, F., „Budgetkonsolidierung in kurz- und mittelfristiger Sicht“, in diesem Heft)

Die hohen Rücklagenauflösungen und der Saldo der vermögenswirksamen Transaktionen (aufgrund der Privatisierungserlöse von 13 Mrd. S) helfen 1995, das Nettodefizit auf 102,2 Mrd S zu halten. Obwohl einmalige EU-Einflüsse den Budgetsaldo verzerren, werden mittelfristige Probleme im Bundeshaushalt erkennbar: Die Verbesserung des Budgetsaldos durch vermögenswirksame Transaktionen und Rücklagenzuführungen (1995 23 Mrd S) läßt sich in den nächsten Jahren nicht fortsetzen

Neben dem Nettodefizit (der Neuverschuldung) ist der Anteil der Finanzschuld am Brutto-Inlandsprodukt ein weite-

Die Finanzpolitik dürfte 1994 den Aufschwung stärker stimuliert haben, als der Budgetsaldo des Bundes zeigt.

res wichtiges Kriterium der Budgetpolitik. Im Vertrag von Maastricht ist eine Quote von 60% festgelegt. Die Entwicklung dieser Kennzahl wird von zwei Faktoren bestimmt: zum einen vom „Primärsaldo“ (Nettodefizit minus Zinsausgaben) und zum anderen vom Verhältnis zwischen der nominellen Wachstumsrate des BIP und dem durchschnittlichen Zinssatz der Finanzschuld. Wenn der durchschnittliche Zinssatz über der Wachstumsrate liegt — wie das gegenwärtig der Fall ist —, sind Primärüberschüsse erforderlich, um die Schuldenquote zu stabilisieren.

Der Primärsaldo wies nur 1991 und 1992 Überschüsse auf 1993 verschlechterte er sich sprunghaft auf ein Primärdefizit von 22,5 Mrd S (1,1% des BIP); trotz konstanter Zinsaufwendungen erhöhte er sich 1994 auf -28,8 Mrd S (1,3% des BIP). Die Quote der Finanzschuld des Bundes zum BIP stieg dadurch 1994 auf 54,1% (1993 52,4%, 1992 48,5%), weil außerdem der durchschnittliche Zinssatz der Finanzschuld mit 6,8% merklich über der nominellen BIP-Wachstumsrate von 6% lag. 1995 wird der Primärsaldo zwar auf -17,3 Mrd S (0,7% des BIP) sinken, das wird

Ausgaben- und Einnahmenquoten

Übersicht 6

| | Erfolg 1993 | Bundesvor- anschlag 1994 | Vorläufiger Erfolg 1994 | Bundesvor- anschlag 1995 |
|--|----------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| In % des Brutto-Inlandsproduktes | | | | |
| <i>Ausgaben</i> | | | | |
| Erstellung von Leistungen | 8,4 | 8,7 | 8,7 | 8,6 |
| Personalaufwand | 5,2 | 5,0 | 5,1 | 5,0 |
| Investitionen | 0,6 | 0,6 | 0,6 | 0,5 |
| Laufender Sachaufwand und Erwerb von Liegenschaften | 2,7 | 3,2 | 3,1 | 3,1 |
| Transferausgaben | 10,8 | 10,6 | 10,7 | 10,3 |
| Finanzierung | 9,7 | 9,3 | 10,1 | 9,8 |
| Zinsen | 3,9 | 3,7 | 3,7 | 4,0 |
| Sonstige | 5,8 | 5,6 | 6,4 | 5,8 |
| Ausgaben allgemeiner Haushalt bereinigt | 28,9 | 28,6 | 29,5 | 28,7 |
| <i>Einnahmen</i> | | | | |
| Steuern (netto) | 16,0 | 16,1 | 16,0 | 15,5 |
| Steuerrähnliche Einnahmen | 4,3 | 4,4 | 4,4 | 4,4 |
| Betriebsüberschüsse | 0,4 | 0,5 | 0,5 | 0,5 |
| Sonstige | 3,6 | 4,0 | 3,9 | 4,0 |
| Einnahmen allgemeiner Haushalt bereinigt | 24,3 | 25,0 | 24,8 | 24,4 |
| Nettodefizit | -4,6 | -3,6 | -4,7 | -4,3 |

aber nicht ausreichen, die Finanzschuldenquote zu stabilisieren. Das weiterhin hohe Primärdefizit verringert mittelfristig den Budgetspielraum.

Das weiterhin hohe Primärdefizit verringert mittelfristig den Budgetspielraum.

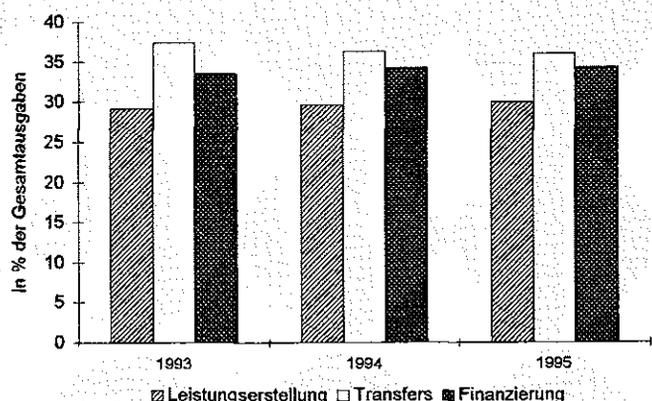
Die Ausgaben- und Einnahmenquoten geben Hinweise, worauf die Veränderungen der Budgetsalden zurückzuführen sind und lassen mittelfristige Probleme im Bundeshaushalt erkennen. 1994 stieg die Ausgabenquote (gemessen am BIP) merklich auf 29,5% (1993 28,9%). Die Einnahmenquote (1994 24,8%, 1993 24,3%) nahm zwar auch zu, hielt jedoch mit dem Wachstum der Ausgaben nicht ganz Schritt. Vor allem die Ausgaben zur Erstellung öffentlicher Leistungen und für die Finanzierung stiegen merklich rascher als das BIP.

Im Voranschlag 1995 geht die Ausgabenquote wieder spürbar zurück und liegt mit 28,7% sogar unter dem Niveau von 1993 (28,9%). Damit wird die Abnahme der Einnahmenquote (1995 24,4%, 1994 24,8%) mehr als kompensiert. Sie ist größtenteils darauf zurückzuführen, daß die Zahlungen an den EU-Haushalt von den Steuereinnahmen abgesetzt, also netto dargestellt werden. Die rückläufige Einnahmenquote spiegelt daher keine Steuerentlastung. Andererseits zeigen die Quoten, daß der Bund 1995 versucht, Konsolidierungsschritte auf der Ausgabenseite zu setzen; betroffen sind vor allem die Transfers und die Finanzierungsausgaben.

Die Struktur der (bereinigten) Ausgaben zeigt, daß der Bundeshaushalt immer mehr zu einem Finanzierungshaushalt wird, d. h. der Bund finanziert Aktivitäten anderer Träger öffentlichen Rechts und von (privaten) Unternehmen. Die Ausgaben für die unmittelbare Erstellung öffentlicher Leistungen durch den Bund spielen dagegen eine im-

Struktur der Ausgaben

Abbildung 2



mer geringere Rolle. Die bereinigten Ausgaben lassen diese Veränderung deutlicher als bisher erkennen. Der Bundeshaushalt kann viel weniger die Nachfrage unmittelbar beeinflussen und konjunkturstützend wirken, als oft ange-

Die Struktur der (bereinigten) Ausgaben zeigt, daß der Bundeshaushalt immer mehr zu einem Finanzierungshaushalt wird.

nommen wird, sein Einfluß wird zunehmend indirekt. Aus dem Umstand, daß die Erstellung der Leistungen und ihre Finanzierung von unterschiedlichen Rechtsträgern vorgenommen werden, können sich wachsende Ineffizienzen ergeben. Die Verlagerung zu den Finanzierungsausgaben erschwert überdies die unmittelbare Beurteilung der Konjunkturwirkungen des Bundeshaushalts.

Auf die Ausgaben für die *Erstellung von öffentlichen Leistungen* entfallen im Bundeshaushalt knapp 30% des Budgetvolumens³); sie steigen sowohl 1994 als auch 1995 überproportional. 1994 erforderten sie (einschließlich der Aufwendungen für Landeslehrer) 195,6 Mrd S, um 9,7% mehr als 1993. 1995 sind 204,0 Mrd S präliminiert (+4,3%). Damit erhöht sich der Anteil dieser Ausgaben am Budgetvolumen des Bundes 1995 auf 29,9% (1994 29,6%, 1993 29,1%). Schon in früheren Analysen (etwa WIFO-Monatsberichte, 1991, 64(5)) hielt das WIFO fest, daß die Quote dieser Ausgaben sich einer gewissen Untergrenze nähert, die nicht unterschritten werden kann, ohne längerfristige Nachteile entstehen zu lassen. Dieser Fall ist eingetreten und erschwert künftig die Konsolidierung.

Die Ausgabenzurückhaltung spiegelt sich primär in den *Transfers*. Sie stiegen 1994 mit +4,8% unterdurchschnittlich; für 1995 sind sie mit 244,9 Mrd S präliminiert (+2,2%). Der Anteil dieser Ausgaben am Gesamtvolumen sinkt dadurch 1995 auf 35,9% (1994 36,2%, 1993 37,4%).

Die *Finanzierungsausgaben* erforderten 1994 226,0 Mrd S (+10,2%). Durch diesen kräftigen Anstieg, der jedoch primär auf die Rücklagenzuführung zurückzuführen ist, erhöhte sich ihr Anteil am Budgetvolumen auf 34,2% (1993 33,5%). 1995 sind die Finanzierungsausgaben mit 232,7 Mrd S veranschlagt (+2,9%), der Anteil bleibt mit 34,1% annähernd konstant.

Ausgaben zur Leistungserstellung tragen zur Budgetkonsolidierung bei

Der Großteil der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen (fast 60%) entfällt auf den *Personalaufwand* für die aktiven Bediensteten (einschließlich Landeslehrer). 1994 gab der Bund dafür 113,6 Mrd S aus (+4%). Die allgemeine Gehaltssteigerung betrug im öffentlichen Dienst 1994 2,55%. Die Nebengebühren (Nebenleistungsvergütungen, verschiedene Zulagen) wurden um 6,8% ausgeweitet. Auch wenn die Zahl der öffentlich Bediensteten leicht zunahm (insbesondere jene der Landeslehrer), dürften die Pro-Kopf-Gehälter mit etwas mehr als +3,5% stärker gestiegen sein als in der Gesamtwirtschaft (+3,0%).

Für 1995 ist der Personalaufwand um 3,6% höher veranschlagt als 1994. Die allgemeine Gehaltserhöhung beträgt 2,87%. Selbst wenn man unterstellt, daß Planstellen wie vorgesehen eingespart werden, dürften die Pro-Kopf-Gehälter der Bundesbediensteten 1995 nicht stärker steigen als in der Gesamtwirtschaft (+4%). Die Nebengebühren sind 1995 um 2,4% geringer veranschlagt als 1994, für die Mehrleistungsvergütungen ist sogar ein Rückgang um 5,6% geplant. Die Lohndrift, die in den letzten Jahren im Personalaufwand des Bundes verhältnismäßig kräftig war, dürfte daher 1995 merklich schwächer werden. Unter Berücksichtigung der höheren Pensionsbeiträge für die Beamten werden die verfügbaren Einkommen der öffentlich Bediensteten heuer schwächer steigen als in der Gesamtwirtschaft; für die Beamten ist mit einer Realeinkommenserhöhung nicht zu rechnen. Das gegenwärtige Gehaltsabkommen läuft bis März 1996. Insgesamt werden die Ein-

Ausgaben in ökonomischer Gliederung

Übersicht 7

| | 1993 Erfolg | 1994 Bundesvoranschlag | 1994 Vorläufiger Erfolg | 1995 Bundesvoranschlag | 1993/94 Veränderung gegen das Vorjahr in % | 1994/95 |
|---------------------------|----------------|---------------------------|----------------------------|---------------------------|---|---------|
| | Mrd S | | | | | |
| Erstellung von Leistungen | 178,3 | 196,2 | 195,6 | 204,0 | + 9,7 | + 4,3 |
| Transfers | 228,6 | 238,8 | 239,6 | 244,9 | + 4,8 | + 2,2 |
| Finanzierung | 205,1 | 207,6 | 226,0 | 232,7 | + 10,2 | + 2,9 |
| Insgesamt | 612,0 | 642,6 | 661,2 | 681,6 | + 8,0 | + 3,1 |

³) Um die Vergleichbarkeit zu wahren, sind die Aufwendungen für die aktiven Landeslehrer (1995 33,6 Mrd S) hier in die Ausgaben zur Erstellung von Leistungen einbezogen. Würden diese Ausgaben auch der Finanzierung zugerechnet — wofür es Gründe gäbe — säne der Anteil der Ausgaben für die Erstellung von Leistungen 1995 auf 25% und jener der Finanzierungsausgaben würde auf 39% steigen.

Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen

Übersicht 8

| | 1993 | 1994 | 1994 | 1995 | 1993/94 | 1994/95 |
|-------------------------------|--------------|-------------------|------------------------------|-------------------|------------------------------------|--------------|
| | Erfolg | Bundesvoranschlag | Vorläufiger Erfolg Mrd. S | Bundesvoranschlag | Veränderung gegen das Vorjahr in % | |
| Personalaufwand ¹⁾ | 109,3 | 111,1 | 113,6 | 117,7 | + 4,0 | + 3,6 |
| Laufende Sachausgaben | 56,1 | 70,6 | 68,4 | 72,7 | +22,0 | + 6,3 |
| Investitionen | 12,1 | 13,6 | 12,5 | 12,7 | + 3,7 | + 0,9 |
| Erwerb von Liegenschaften | 0,8 | 0,9 | 1,0 | 0,9 | +26,5 | -14,8 |
| Insgesamt | 178,3 | 196,2 | 195,6 | 204,0 | + 9,7 | + 4,3 |

¹⁾ Aktive Bedienstete einschließlich Landeslehrer

sparungen durch die Konsolidierungsmaßnahmen im Personalaufwand 1995 rund 3,5 Mrd. S betragen.

Im Personalaufwand sind — wie erwähnt — auch die Gehälter der Landeslehrer enthalten, die der Bund finanziert. Sie erforderten 1994 32,3 Mrd. S (+5,4%), 1995 sind 33,6 Mrd. S (+4,1%) vorgesehen. Die Aufwendungen für diese Gehälter steigen in beiden Jahren stärker als für die Bundesbediensteten, vermutlich ist auch die Zahl der Lehrer weiter gestiegen.

Die *Investitionen* spielen im Bundeshaushalt nur eine geringe Rolle. Auf sie entfallen nicht ganz 2% des Budgetvolumens. Das läßt die eingeschränkten Möglichkeiten des Bundes erkennen, durch unmittelbare Aufträge die Konjunktur zu beeinflussen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß der Bund in den letzten Jahren immer mehr Investitionen nicht selbst tätigt, sondern „nur“ noch die Finanzierung (mit zeitlicher Verzögerung) im Budget aufscheint. Nicht zuletzt auch deshalb nimmt die Bedeutung der Finanzierungsausgaben längerfristig zu. Insgesamt gab der Bund 1994 für Investitionen 12,5 Mrd. S aus (+3,7). Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen dürfte damit eine reale Ausweitung der Nachfrage möglich gewesen sein. Für 1995 sind Investitionen von 12,7 Mrd. S vorgesehen, nominell um 0,9% mehr als 1993; real werden sie rückläufig sein. Die Bemühungen um Budgetkonsolidierung spiegeln sich also auch in den Investitionen.

Die Bemühungen um Budgetkonsolidierung spiegeln sich auch in den Investitionen des Bundes: Sie werden 1995 real rückläufig sein.

Die Verlagerung in der Struktur der Investitionen zu den Ausrüstungen setzt sich 1994/95 fort. 1995 entfallen rund 61% der Investitionsausgaben auf Bauten, 1993 waren es noch fast 65%. Da der Importanteil für Ausrüstungen höher ist als für Bauten, wird durch diese Umschichtungen die Konjunkturwirksamkeit der Ausgaben des Bundes weiter geschmälert.

Für *Bauten* gab der Bund 1994 7,8 Mrd. S aus (für 1995 sind 7,7 Mrd. S geplant). Diese Aufwendungen sind nominell um fast 2% geringer als 1993. Der Bund stützt daher die Baukonjunktur nicht. Innerhalb der Bauten zeigt sich eine deutliche Verlagerung zu den Aufwendungen für Straßen. Sie wurden sowohl 1994 (+11,8%) als auch im Voranschlag für 1995 (+4,9%) überdurchschnittlich erhöht, während die Ausgaben für Hochbauten merklich eingeschränkt wurden (1994 -7,8%, 1995 -4,6%). Diese Verringerung wird jedoch durch Auslagerungen (Bundesimmobiliengesellschaft, Bauträger usw.) zumindest teilweise

kompensiert. Im Gegensatz zu den Bauten erhöhte der Bund die Ausgaben für Ausrüstungen 1994 um 12,1% und für 1995 um 3,8% und weitete sie damit auch real aus.

Die *laufenden Ausgaben für Güter und Leistungen* sind 1994 und auch 1995 jeweils höher als im Vorjahr, doch geht dies zum Teil auf Umstellungen zurück; die einzelnen Komponenten sind recht unterschiedlich betroffen. Die Ausgaben für Instandhaltungen wurden 1994 kräftig gesteigert (+9%), 1995 werden sie jedoch stagnieren. Die Sachausgaben der Landesverteidigung — sie schließen auch Investitionen ein — wurden 1994 um 5,4% und damit auch real erhöht, 1995 setzen aber hier ebenfalls Konsolidierungsmaßnahmen an (-2% gegenüber 1994).

Transfers durch Stabilisierungspaket beeinflusst

Die Transfers sind teils durch institutionelle Änderungen, teils durch die Konjunkturentwicklung, 1995 aber auch durch die Konsolidierungsmaßnahmen stark beeinflusst. Zu den institutionellen Faktoren zählt vor allem die Umstellung in bezug auf die Pensionen der ÖBB: Sie wurden bis 1993 von der Bahn bezahlt, der Bund leistete einen Zuschuß; ab 1994 werden sie brutto im Bundeshaushalt ausgewiesen, und die ÖBB leisten einen Pensionsbeitrag. Das Pflegegeld wurde Mitte 1993 eingeführt und war daher erstmals 1994 ganzjährig wirksam. Insgesamt gab der Bund für Transfers (einschließlich des Bundesbeitrags zur Pensionsversicherung und des Pflegegeldes, das auch den Sozialversicherungen überwiesen wird) 1994 239,6 Mrd. S aus (+4,8%), 1995 sind 244,9 Mrd. S präliminiert (+2,2%).

Die einzelnen Komponenten der Transfers entwickeln sich recht unterschiedlich. Mehr als die Hälfte entfällt auf Ausgaben im Zusammenhang mit *Pensionen*. Die Pensionen der ehemaligen Bundesbediensteten erforderten 1994 36,6 Mrd. S (+4,7%), für 1995 wird mit 39,1 Mrd. S gerechnet (+6,8%). Diese Zuwachsrate läßt erkennen, daß die Zahl der Pensionisten weiter spürbar steigt (+1,5% bis +2% jährlich). Die Bundesbediensteten nutzen immer mehr die Möglichkeit, den Ruhestand zum frühestmöglichen Zeitpunkt anzutreten — nicht zuletzt weil sie Verschlechterungen der Pensionsantrittsbedingungen befürchten. Dazu kommen gewisse Struktureffekte, die ebenfalls die Aufwendungen für die Pensionen zusätzlich erhöhen. Das Stabilisierungspaket wirkt sich in diesem Bereich (bisher) nicht aus.

Transferausgaben

Übersicht 9

| | 1993 | 1994 | 1994 | 1995 | 1993/94 | 1994/95 |
|--|--------------|-------------------|--------------------|-------------------|------------------------------------|-------------|
| | Erfolg | Bundesvoranschlag | Vorläufiger Erfolg | Bundesvoranschlag | Veränderung gegen das Vorjahr in % | |
| | | Mrd S | | | | |
| Pensionen (einschließlich Landeslehrer | 35,0 | 36,7 | 36,6 | 39,1 | +4,7 | +6,8 |
| Zuschüsse zur Pensionsversicherung ¹⁾ | 66,3 | 69,9 | 70,3 | 76,1 | +6,0 | +8,2 |
| Pensionen ÖBB | 18,7 | 19,0 | 19,7 | 20,6 | +4,9 | +4,6 |
| Familienbeihilfen | 40,4 | 41,5 | 41,0 | 37,1 | +1,5 | -9,4 |
| Arbeitslosenunterstützung ²⁾ | 35,6 | 39,0 | 37,0 | 37,6 | +4,0 | +1,6 |
| Kriegsopferversorgung | 6,4 | 6,4 | 6,6 | 6,4 | +1,9 | -2,1 |
| Sonstige | 26,2 | 26,4 | 28,4 | 28,0 | +8,5 | -1,6 |
| Insgesamt | 228,6 | 238,8 | 239,6 | 244,9 | +4,8 | +2,2 |

¹⁾ Einschließlich Pflegegeld — ²⁾ Einschließlich Karenzurlaubsgeld.

In den Ausgaben für Pensionen sind auch jene für die Landeslehrer enthalten. Sie erforderten 1994 8,5 Mrd S und machen 1995 8,7 Mrd S aus.

Für die Pensionen der ÖBB-Bediensteten überwies der Bund 1994 19,7 Mrd S, für 1995 sind sie mit 20,6 Mrd S präliminiert (+4,6%). Wie für die Bundespensionisten ist auch hier die Zuwachsrate etwas höher als die der Aktivbezüge.

Die Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung waren 1994 formal geringer als 1993, weil der Hilflöszuschuß wegfiel und in das Pflegegeld einbezogen wurde. Insgesamt erforderte 1994 der Bundesbeitrag einschließlich Pflegegeld mit 59,0 Mrd S um 5,1% mehr als 1993. Die Ausgleichszulagen stiegen um 11,1% auf 11,3 Mrd S.

1995 erhöht sich der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (ohne Pflegegeld) um 12,1% auf 47,6 Mrd S, obwohl die allgemeine Pensionserhöhung nur 2,8% beträgt. Das läßt erhebliche Strukturprobleme erkennen, die auch mittelfristig den Bundeshaushalt belasten werden. Die Zahl der Pensionen steigt 1995 wie 1994 um 1,1%. Auf 1 000 Pflichtversicherte (Beitragszahler) entfielen 1994 593 Pensionisten, 1995 sind es 595. Die seit 1988 beobachtete Verbesserung der Quote setzt sich daher 1994 und 1995 nicht fort. Nach der mittelfristigen Vorschau des Beirates für die Renten- und Pensionsanpassung ist vielmehr in den nächsten Jahren mit einer weiteren Verschlechterung zu rechnen. Die Aufwendungen für das Pflegegeld (17,0 Mrd S) und für die Ausgleichszulagen (11,5 Mrd S) steigen 1995 unterdurchschnittlich.

Deutlich geringere Zuwachsraten, teilweise sogar spürbare Einschränkungen wiesen die anderen Komponenten der Transfers auf. Das gilt insbesondere für die Familienbeihilfen (1994 41,0 Mrd S, +1,5%). Bei unveränderter Höhe der Beihilfe steigen diese Aufwendungen nur mit der Zahl der Anspruchsberechtigten. 1995 fällt die Reduzierung der Familienbeihilfen um 100 S pro Monat und Kind erheblich ins Gewicht, die Ausgaben sinken um 9,4% auf 37,1 Mrd S. Die Senkung der Familienbeihilfen (als Teil des Stabilisierungspaketes) dient dazu, den kreditfinanzierten Teil der Ausgaben im Familienlastenausgleichsfonds zu reduzieren. 1994 mußte der Fonds 4,6 Mrd S durch Kredite finanzieren, 1995 sind es aufgrund der Sparmaßnahmen 2,8 Mrd S. Das Nettodefizit wird 1995 im Vergleich zu 1994 um 1,8 Mrd S entlastet.

Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung (einschließlich Notstandshilfe und Karenzurlaubsgeld) erfor-

derten 1994 mit 37,0 Mrd S um 4% mehr als 1993. Für 1995 sind 37,6 Mrd S veranschlagt (+1,6%). Sowohl 1994 als auch 1995 läßt der Konjunkturaufschwung die Ausgaben in diesem Bereich sinken — die Zahl der Arbeitslosen ist leicht rückläufig. Die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld bleiben daher 1994 und 1995 unter dem Vorjahresniveau. Im Aufwand für Notstandshilfe wird hingegen in beiden Jahren eine deutliche Zunahme verzeichnet: 1994 stieg er um 16,5% auf 7,1 Mrd S, und 1995 ist eine weitere Steigerung um 8% auf 7,7 Mrd S budgetiert. Diese unterschiedliche Entwicklung von Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe deutet darauf hin, daß die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zunimmt.

Der Anstieg des Aufwands für Karenzurlaubsgeld hat sich in den letzten Jahren abgeschwächt (1994 +3,6%, 1995 +2,3%). 1995 erfordert diese Position 10,1 Mrd S (einschließlich der Krankenversicherung 11,9 Mrd S).

Das Stabilisierungspaket dämpft 1995 die Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung insgesamt um etwa 1,3 Mrd S. Allerdings werden nur 0,87 Mrd S saldenwirksam.

Die Summe der anderen Transfers ist 1995 rückläufig. In der Kriegsopferversorgung stagnieren die Ausgaben bei 6,4 Mrd S, weil die Zahl der Anspruchsberechtigten (altersbedingt) sinkt (etwa -5% pro Jahr). Die übrigen Transfers entwickeln sich sehr differenziert.

Finanzierungsausgaben gewinnen langfristig an Bedeutung

Die Finanzierungsausgaben sind recht heterogen und die Komponenten von unterschiedlichen Einflüssen abhängig. Sie umfassen neben den Zinsen für die Finanzschuld die Ausgaben im Zusammenhang mit Haftungen (i.w.S.), die Transfers an andere Träger öffentlichen Rechtes (soweit sie nicht in den Aufwendungen für die Erstellung von Leistungen und den Transfers bereits berücksichtigt sind) sowie Zuschüsse an Unternehmen, Beteiligungen, Darlehen und die Rücklagenzuführungen.

Die Zinsen für die Finanzschuld (ohne Swap-Zinsen, denen gleich hohe Einnahmen gegenüberstehen) erforderten 1994 76,1 Mrd S, annähernd gleich viel wie 1993 (75,7 Mrd S). Die zusätzlichen Zinsausgaben aus der steigenden Finanzschuld (Mengeneffekt) wurden durch Aus-

Ausgaben zur Finanzierung

Übersicht 10

| | 1993 Erfolg | 1994 Bundesvoranschlag | 1994 Vorläufiger Erfolg Mrd S | 1995 Bundesvoranschlag | 1992/93 Veränderung gegen das Vorjahr in % | 1993/94 |
|---|----------------|---------------------------|-------------------------------------|---------------------------|---|--------------|
| Finanzschuldzinsen | 83,4 | 83,6 | 83,5 | 94,6 | + 0,1 | + 13,3 |
| Transfers an Träger öffentlichen Rechtes | 50,2 | 57,4 | 58,9 | 78,3 | + 17,4 | + 32,9 |
| Transfers an Unternehmungen | 56,5 | 52,2 | 48,0 | 40,2 | - 14,9 | - 16,3 |
| Darlehensgewährung | 0,4 | 0,4 | 4,0 | 4,0 | + 937,1 | + 0,1 |
| Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen | 2,9 | 4,3 | 4,3 | 6,2 | + 47,2 | + 43,8 |
| Zuführung an Rücklagen | 6,5 | 0,1 | 20,7 | 0,1 | + 218,0 | - 99,8 |
| Sonstige | 5,2 | 9,8 | 6,6 | 9,3 | + 25,9 | + 41,3 |
| Insgesamt | 205,1 | 207,6 | 226,0 | 232,7 | + 10,2 | + 2,9 |

gabeneinsparungen aus dem sinkenden Zinsniveau von etwa 6 Mrd S kompensiert. Der errechnete durchschnittliche Zinssatz sank von 6,8% auf 6¼%. Durch die Stagnation der Zinsausgaben verringerte sich die Zinsen-Steuer-Quote im Jahre 1994 auf 21,2% (1993 22,3%). 1995 werden die Zinsausgaben auf 84,9 Mrd S steigen (+ 11,6%). Ein Teil dieser Zunahme geht auf die Umschuldung von bisher niedrig verzinsten Bundesschatzscheinen auf normalverzinsten Kredite zurück. Ferner wird ein leichter Anstieg des durchschnittlichen Zinssatzes angenommen.

Einen wichtigen Bereich der Finanzierungsausgaben bilden die Aufwendungen für *Haftungen* (i. w. S.). Zum Teil sind dies Ausgaben (für Zinsen) im Zusammenhang mit außerbudgetären Finanzierungen, die finanzschuldähnlichen Charakter haben, weil allfällige Tilgungszahlungen im Ausgleichshaushalt verrechnet werden müssen. Ferner entstehen Ausgaben für Haftungen im Rahmen der Exportförderung und nach dem Unterhaltsvorschußgesetz.

Die ASFINAG erhält vom Bund 1995 insgesamt 4,7 Mrd S (auf Straßen entfallen 3,4 Mrd S, auf die Verzinsung von Krediten für Bauten und die Hochleistungsstrecken-AG 1,3 Mrd S). Außerdem werden der ASFINAG die Mauteinnahmen überwiesen (2,8 Mrd S).

Geändert wurde 1994 die Abwicklung der Verzinsung der ÖIAG-Kredite: Die ÖIAG erhält anstelle der Überweisungen (Transfers) vom Bund Darlehen (mit denen sie die Zinsen begleicht). Diese Darlehen betragen 1994 und 1995 jeweils 3,4 Mrd S.

Ein wichtiger Bereich der Finanzierungsausgaben ist der Aufwand im Zusammenhang mit der Ausfuhrförderung. Im Jahre 1994 erforderte er insgesamt 15,0 Mrd S (1993 13,7 Mrd S); dem standen Einnahmen aus Haftungsentgelten, Rückflüssen und sonstige Einnahmen von 10,7 Mrd S gegenüber (1993 11,5 Mrd S). 1995 sind die Ausgaben im Rahmen der Exportförderung mit 13,3 Mrd S veranschlagt, an Einnahmen werden 10,9 Mrd S erwartet. Der Budgetsaldo war daher 1994 mit -4,3 Mrd S durch die Ausfuhrförderung betroffen (1993 -2,8 Mrd S), für 1995 sind -2,4 Mrd S saldenwirksam.

Die Transfers an die Banken (Creditanstalt, Bank Austria) erforderten 1994 0,5 Mrd S (1993 1,5 Mrd S), für 1995 sind 0,8 Mrd S vorgesehen. Durch den EU-Beitritt fallen die Zahlungen an den Kohäsionsfonds im Rahmen des EWR weg (1994 0,4 Mrd S), dies entlastet die Finanzierungsausgaben.

Die sonstigen Zahlungen an Unternehmen (Förderungen) werden 1995 spürbar verringert; die Budgetkonsolidierung zeigt sich hier deutlich. Allerdings sind allfällige Förderungen, an denen sich auch die EU beteiligt (Mittel aus dem EU-Haushalt) nicht berücksichtigt. Für die Tourismusförderung sind 1995 0,35 Mrd S veranschlagt (ohne den Mitgliedsbeitrag zur Österreich-Werbung). 1994 wurden 0,46 Mrd S ausgegeben (1993 0,44 Mrd S). Auch die Förderungen an Industrie und Gewerbe werden eingeschränkt, die einzelnen Aktionen sind jedoch recht unterschiedlich betroffen. Einsparungen an Kreditkostzuschüssen nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, der Bürges oder der Top-Aktion stehen mehr Mittel für die Unternehmen im Rahmen der Arbeitsmarktförderung gegenüber.

Zwischen dem Bundeshaushalt und den anderen Trägern öffentlichen Rechtes bestehen sehr umfangreiche finanzielle Beziehungen.

Zwischen dem Bundeshaushalt und den anderen Trägern öffentlichen Rechtes bestehen sehr umfangreiche finanzielle Beziehungen. Der Bund finanziert (zunehmend) Aktivitäten, die von anderen Trägern ausgeführt werden. Mehr als ein Viertel der Gesamtausgaben des Bundes entfallen auf solche Transfers. Sie betragen 1994 182,7 Mrd S (+ 8,8%) und sind für 1995 mit 209,4 Mrd S präliminiert (+ 14,6%)⁴⁾. Die kräftige Zunahme 1995 erklärt sich auch daraus, daß die Zahlungen an die Landwirtschaft, die im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft geleistet werden, vom Bund nicht direkt an die Landwirte fließen, sondern formal über die Agrarmarkt Austria (AMA) abgewickelt werden, sie zählt in der Budgetgliederung zu den sonstigen öffentlichen Rechtsträgern.

Eine wichtige Komponente der Überweisungen an die Länder ist neben der Finanzierung der Landeslehrer die *Wohnbauförderung*. 1994 überwies der Bund 22,2 Mrd S (-2,0%), für 1995 sind 23,9 Mrd S vorgesehen. Diese Position ist von der Entwicklung der Einnahmen an Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuer abhängig und daher 1994 stark gedämpft. 1995 spiegelt sich hier die Zunahme des Aufkommens an Lohnsteuer und Körperschaftsteuer. Zum Anstieg der Überweisungen an die Länder tragen 1994 und 1995 auch die Finanzzuweisungen für Maßnahmen im Nahverkehr bei (1994;

⁴⁾ Ein Teil dieser Überweisungen (Landeslehrer Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung Pflegegeld) wurde weiter oben bereits besprochen.

Transfers an Träger öffentlichen Rechtes

Übersicht 11

| | 1993 | 1994 | 1994 | 1995 | 1993/94 | 1994/95 |
|---------------------------|--------------|-------------------|-----------------------------|-------------------|------------------------------------|---------------|
| | Erfolg | Bundesvoranschlag | Vorläufiger Erfolg Mrd S | Bundesvoranschlag | Veränderung gegen das Vorjahr in % | |
| Länder | 71,9 | 76,4 | 75,0 | 85,8 | + 4,3 | + 14,5 |
| Gemeinden | 2,7 | 3,0 | 2,8 | 3,1 | + 2,4 | + 12,1 |
| Sozialversicherungsträger | 78,9 | 83,1 | 83,0 | 88,8 | + 5,3 | + 6,9 |
| Fonds | 10,5 | 13,1 | 15,0 | 9,1 | + 42,8 | - 39,0 |
| Sonstige | 3,3 | 5,1 | 6,9 | 22,5 | + 75,1 | + 225,0 |
| Summe | 167,9 | 180,7 | 182,7 | 209,4 | + 8,8 | + 14,6 |

1,3 Mrd S, 1995 1,9 Mrd S); sie werden aus der 1994 vorgenommenen Erhöhung der Mineralölsteuer finanziert

Die Gemeinden erhalten vom Bund unmittelbar relativ wenig an Transfers, allerdings wird eine Reihe von Finanzierungen über die Länder abgewickelt (etwa die Finanzkraftstärkung der Gemeinden).

Die Darlehensgewährung stieg 1994 wegen der erwähnten Darlehen an die ÖIAG deutlich. 1995 bleibt sie auf dem Niveau von 1994. Für Wertpapiere und Beteiligungen gab der Bund 1994 4,3 Mrd S aus. Er kaufte (teils für Tilgungszwecke) Wertpapiere um 3,3 Mrd S und verkaufte für 1,8 Mrd S. Der Budgetsaldo wurde daher 1994 durch die Wertpapiertransaktionen mit 1,5 Mrd S belastet. 1995 ist geplant, Wertpapiere um 2,8 Mrd S zu kaufen und um 2,6 Mrd S zu verkaufen, die Saldenwirksamkeit reduziert sich also auf 0,2 Mrd S. Der Erwerb von Beteiligungen betrifft vor allem internationale Finanzinstitutionen, 1995 außerdem die Aufstockung der Beteiligungen der Europäischen Investitionsbank. Die Rücklagenzuführungen spielen jeweils im Erfolg (Gebahrungserfolg) eine Rolle, in der Regel nicht im Voranschlag. Sie verzerrten daher die Zuwachsrate

tritt geprägt. Die *Steuern* sind die wichtigste Finanzierungsquelle des Bundes, sie bringen fast zwei Drittel der gesamten Einnahmen. Auf die *steuerähnlichen Einnahmen* entfallen rund 18%, die Betriebsüberschüsse haben hingegen nur geringe Bedeutung (rund 2% der Gesamteinnahmen). Die *sonstigen Einnahmen*, die teils von Sonderfaktoren beeinflusst sind, gewinnen langfristig für die Budgetfinanzierung an Bedeutung. Sie erbringen bereits rund ein Sechstel der gesamten Einnahmen.

Die *Brutto-Steuerereinnahmen* des Bundes erreichten 1994 524,5 Mrd S (+2,3% gegenüber 1993). Für 1995 werden 528,0 Mrd S erwartet. Das wäre eine Zunahme um 0,7%. In beiden Jahren bleibt damit die Zuwachsrate der Steuern deutlich hinter jener des Brutto-Inlandsproduktes zurück. Die Brutto-Steuerquote (Anteil der Steuerereinnahmen am nominellen Brutto-Inlandsprodukt) sinkt dadurch 1995 auf 22,2% (1994 23,4%, 1993 24,2%), den niedrigsten Wert seit 1973. Allerdings ist ihr Rückgang teils auf Sonderfaktoren (in der Umsatzsteuer) zurückzuführen, die nur 1995 wirksam sein werden und nur Liquiditätswirkungen aufweisen, aber nicht die effektiven Steuersätze verändern.

Dennoch haben die Maßnahmen der zweiten Etappe der Steuerreform, aber auch das Familienpaket (Einführung bzw. Ausweitung der Kinderabsetzbeträge) die Steuerquote und damit die Entzugseffekte der Steuern spürbar reduziert. Auch die gesamte Abgabenquote (einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge und steuerähnlichen Einnahmen) ist in den letzten Jahren wieder merklich rückläufig.

Die *Steuerstruktur* hat sich deutlich von den Steuern vom Einkommen und Vermögen zu jenen vom Aufwand und

Einnahmen von der Steuerreform geprägt

Die Einnahmen des Bundes sind 1994 und 1995 von der zweiten Etappe der Steuerreform, aber auch vom EU-Bei-

Einnahmen in ökonomischer Gliederung

Übersicht 12

| | 1993 | 1994 | 1994 | 1995 | 1993/94 | 1994/95 |
|-------------------------------|--------------------------|-------------------|-----------------------------|-------------------|------------------------------------|--------------|
| | Erfolg | Bundesvoranschlag | Vorläufiger Erfolg Mrd S | Bundesvoranschlag | Veränderung gegen das Vorjahr in % | |
| Steuern (netto) ¹⁾ | 339,1 | 361,4 | 358,4 | 369,0 | + 5,7 | + 3,0 |
| Steuerähnliche Einnahmen | 91,3 | 99,4 | 98,8 | 103,7 | + 8,2 | + 5,0 |
| Betriebsüberschüsse | 9,0 | 10,3 | 10,7 | 10,8 | + 19,7 | + 0,4 |
| Sonstige | 74,4 | 90,8 | 88,5 | 96,0 | + 18,9 | + 8,5 |
| Insgesamt | 513,8 | 561,9 | 556,4 | 579,5 | + 8,3 | + 4,1 |
| | In % der Gesamteinnahmen | | | | | |
| Steuern (netto) | 66,0 | 64,3 | 64,4 | 63,7 | | |
| Steuerähnliche Einnahmen | 17,8 | 17,7 | 17,8 | 17,9 | | |
| Betriebsüberschüsse | 1,7 | 1,8 | 1,9 | 1,9 | | |
| Sonstige | 14,5 | 16,2 | 15,9 | 16,6 | | |
| Insgesamt | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | | |

¹⁾ Vor Abzug des Beitrags an den EU-Haushalt.

Steuereinnahmen

Übersicht 13

| | 1993 | 1994 | | 1995 | 1993/94 | 1994/95 |
|--|--------|-------------------|-----------------------------|-------------------|------------------------------------|---------|
| | Erfolg | Bundesvoranschlag | Vorläufiger Erfolg Mrd S | Bundesvoranschlag | Veränderung gegen das Vorjahr in % | |
| Steuern vom Einkommen | 229,7 | 232,4 | 220,1 | 234,9 | - 4,2 | + 6,7 |
| Veranlagte Einkommensteuer | 32,7 | 35,0 | 31,6 | 28,0 | - 3,3 | -11,4 |
| Lohnsteuer | 139,2 | 138,0 | 134,8 | 150,5 | - 3,2 | +11,7 |
| Körperschaftsteuer | 18,6 | 25,5 | 21,1 | 23,7 | +13,6 | +12,1 |
| Kapitalertragsteuer I und II | 19,9 | 25,8 | 23,9 | 25,5 | +20,3 | + 6,6 |
| Steuern vom Aufwand und Verbrauch | 252,8 | 278,8 | 285,1 | 278,3 | +12,8 | - 2,4 |
| Umsatzsteuer | 176,0 | 196,0 | 202,6 | 189,0 | +15,1 | - 6,7 |
| Mineralbisteuer | 25,3 | 26,5 | 27,1 | 33,0 | + 7,0 | +21,8 |
| Steuern vom Vermögen | 20,4 | 9,7 | 9,7 | 8,9 | -52,3 | - 8,8 |
| Steuern auf Einfuhren | 9,9 | 10,2 | 9,6 | 6,0 | - 2,7 | -37,7 |
| Insgesamt brutto | 512,8 | 531,1 | 524,5 | 528,0 | + 2,3 | + 0,7 |
| - Überweisungen an andere Rechtsträger | -173,7 | -189,6 | -168,1 | -159,0 | - 4,4 | - 4,3 |
| - Beitrag an den EU-Haushalt | | | | - 28,1 | | |
| Insgesamt netto | 339,1 | 361,4 | 358,4 | 340,9 | + 5,7 | - 4,9 |

Verbrauch verschoben Die Anhebung des allgemeinen Absetzbetrags von 5.000 S auf 8.840 S (ab 1994) brachte Ausfälle an Lohnsteuer von etwa 11 Mrd S, die Lohnsteuereinnahmen gingen 1994 um 3,2% auf 134,8 Mrd S zurück. Der Anteil der Lohnsteuer am Masseneinkommen sank dadurch 1994 auf 9,3% (1993 10,1%), den niedrigsten Wert seit 1989. Für 1995 ist eine Zunahme der Lohnsteuereinnahmen um 11,7% auf 150,5 Mrd S veranschlagt. Sie ist allerdings verzerrt, weil heuer durch Umstellungen (Einführung der Arbeitnehmerveranlagung) rund 4 Mrd S von der Einkommensteuer zur Lohnsteuer verlagert werden (ohne diese institutionelle Änderung würde der Zuwachs an Lohnsteuer nur knapp 9% betragen).

Die Einnahmen an *Einkommensteuer* waren 1994 noch durch die Konjunkturabschwächung und die Auswirkungen des Familienpakets gedämpft. 1995 sind neben der erwähnten Verlagerung zur Lohnsteuer Auswirkungen der Anhebung des allgemeinen Absetzbetrags zu berücksichtigen. Während das Aufkommen an Einkommensteuer 1995 also geringer ist als 1993, steigen die Einnahmen aus der *Körperschaftsteuer* kräftig (1994 +13,6% 1995 +12,1%). Das hängt einerseits mit der Erhöhung des Steuersatzes von 30% auf 34% (ab 1994) zusammen, andererseits wurde durch die Abschaffung der Vermögen-

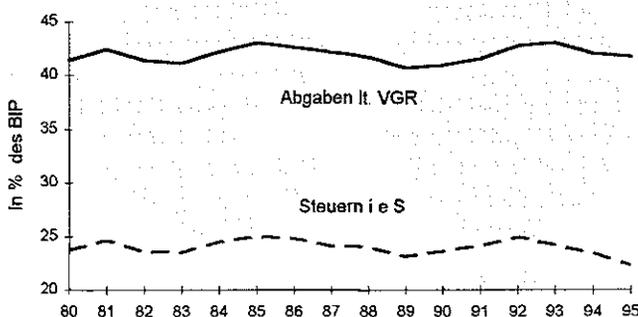
steuer und der Gewerbesteuer sowie des Erbschaftsteueräquivalents die Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer erheblich verbreitert, weil diese Steuern abzugsfähig waren. Allerdings werden die Mehreinnahmen erst mit Verzögerung voll wirksam.

Die *Kapitalertragsteuern* brachten 1994 23,9 Mrd S, und für 1995 werden 25,5 Mrd S erwartet. Die hohe Zuwachsrate 1994 (+20,3%) ist Sonderfaktoren zu danken. Die Anhebung des Satzes der Kapitalertragsteuer (auf Zinsen) von 10% auf 22% wurde für Wertpapiere erst 1994 voll wirksam (1993 wurden die Sätze quartalsweise angepaßt). Der deutliche Anstieg der Kapitalertragsteuer I im Jahr 1994 geht auf Sondereinflüsse zurück, die das Aufkommen 1995 möglicherweise dämpfen.

Die Abschaffung der Gewerbesteuern, der Vermögensteuer, des Erbschaftsteueräquivalents und der Sonderabgabe von Banken schmälert das Bruttoaufkommen an Steuern 1994 um rund 21,7 Mrd S. Die Mehreinnahmen aus der Anhebung der Kommunalsteuer und der Ausweitung ihrer Bemessungsgrundlage (sie bringt 1995 rund 8,5 Mrd S) sind im Bundeshaushalt nicht enthalten, sondern fließen direkt den Gemeinden zu. Aus den Steuern vom Vermögen (1993 20,7 Mrd S) erzielte der Bund 1994 ein Aufkommen von 9,7 Mrd S, 1995 werden Einnahmen von 8,9 Mrd S erwartet.

Abgaben- und Steuerquote

Abbildung 3



Nicht nur die Steuern vom Einkommen und Vermögen, sondern auch die *Umsatzsteuer* und verschiedene Verbrauchsteuern waren in den letzten Jahren von erheblichen Änderungen betroffen. In der Umsatzsteuer wurde 1994 eine 13 Monatsrate eingehoben (errechnet aus den Vorauszahlungen der Monate September des Vorjahres bis August des laufenden Jahres) und die Abzugsfähigkeit der Einfuhrumsatzsteuer um einen Monat verschoben. Insgesamt dürften diese Maßnahmen etwa 16 Mrd S an zusätzlichen Einnahmen gebracht haben. 1995 ist hingegen nicht nur diese 13 Monatsvorauszahlung abzugsfähig, durch den EU-Beitritt fällt — wie erwähnt — das Aufkommen von zwei Monaten an Einfuhrumsatzsteuer aus dem Handel mit der

Sonstige Einnahmen

Übersicht 14

| | 1993 Erfolg | 1994 Bundesvoranschlag | 1994 Vorläufiger Erfolg Mrd S | 1995 Bundesvoranschlag | 1993/94 Veränderung gegen das Vorjahr in % | 1994/95 |
|--|----------------|---------------------------|-------------------------------------|---------------------------|---|---------|
| Kostensätze | 16,1 | 13,5 | 16,4 | 16,3 | + 19 | - 0,7 |
| Einkommen aus Besitz und Unternehmung | 20,6 | 22,9 | 24,6 | 29,2 | + 19,3 | + 18,8 |
| Transfers von Trägern öffentlichen Rechtes | 6,5 | 11,7 | 8,7 | 9,0 | + 33,9 | + 3,6 |
| Transfers von Unternehmungen | 9,9 | 13,5 | 13,9 | 13,5 | + 40,8 | - 3,4 |
| Transfers von privaten Haushalten | 7,0 | 7,1 | 7,6 | 8,6 | + 9,0 | + 12,6 |
| Transfers aus dem Ausland ¹⁾ | 0,2 | 0,2 | 0,3 | - 14,2 | + 55,4 | |
| Verkäufe von Beteiligungen | 0,9 | 7,6 | 0,4 | 13,0 | - 60,1 | |
| Rücklagenentnahme | 10,3 | 10,3 | 13,9 | 17,1 | + 34,9 | + 23,4 |
| Übrige | 3,0 | 4,2 | 2,7 | 3,6 | - 9,7 | + 31,9 |
| Insgesamt | 74,4 | 90,8 | 88,5 | 96,0 | + 18,9 | + 8,5 |

¹⁾ 1995 abzüglich des Beitrags an den EU-Haushalt (28,1 Mrd S)

EU weg Dadurch sinkt das kassenmäßige Aufkommen an Umsatzsteuer 1995 um 6,7% auf 189,0 Mrd. S

Der Satz der Mineralölsteuer wurde 1994 und 1995 mehrmals erhöht. Zunächst wurde die Mineralölsteuer auf Benzin (Anfang 1994) um 50 Groschen je Liter angehoben, um Mittel für den Ausbau des Nahverkehrs zu erhalten. Dadurch stiegen die Mineralölsteuereinnahmen 1994 zwar um 7% auf 27,1 Mrd S, aber diese Zunahme verbesserte den Budgetsaldo nicht, weil entsprechende Ausgaben (an die Länder) entstanden. 1995 wurde zunächst die Mineralölsteuer auf Dieselöl um 26 Groschen je Liter erhöht (um den EU-Mindestsatz zu erreichen). Weitere Anhebungen der Mineralölsteuersätze auf Benzin (1,10 S je Liter), Dieselöl (60 Groschen je Liter) und Gasöl (30 Groschen je Liter) sind geplant (die Sonderabgabe auf Erdöl soll dafür abgeschafft werden⁵⁾). Insgesamt bringen diese Maßnahmen rund 5,5 Mrd S an Mehreinnahmen. Die Mineralölsteuer ist für 1995 mit 33,0 Mrd S präliminiert.

Erhebliche Änderungen entstanden auch in der Besteuerung von alkoholischen Getränken und Kraftfahrzeugen. Durch die Abschaffung der Weinsteuer und die Reduzierung der Schaumweinsteuer bringen die speziellen Verbrauchsteuern auf alkoholische Getränke 1995 (2,96 Mrd S) merklich weniger als 1994 (3,39 Mrd S). Die Besteuerung der Pkw wurde mit 1. Mai 1993 grundsätzlich geändert: An die Stelle der hubraumbezogenen Kfz-Steuer trat die leistungsabhängige motorbezogene Versicherungssteuer. Zusammen mit der Kfz-Steuer auf Lkw brachte sie 1994 8,3 Mrd S, 1993 hatte der Bund aus der Kfz-Steuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer 6,4 Mrd S eingenommen. Durch die Umstellung dürften sich also spürbare Mehreinnahmen ergeben haben.

Mit dem EU-Beitritt wurde der Straßenverkehrsbeitrag abgeschafft und durch die Straßenbenützungsabgabe ersetzt, deren Sätze deutlich niedriger sind als jene des Straßenverkehrsbeitrag. Um diese Mindereinnahmen auszugleichen, wurde die Kfz-Steuer erhöht. 1994 brachte der Straßenverkehrsbeitrag 3,1 Mrd S. Für 1995 werden aus der Straßenbenützungsabgabe und der Erhöhung der Kfz-Steuer zusammen 3,5 Mrd S erwartet.

Die dem Bund verbleibenden Netto-Steuereinnahmen stiegen 1994 um 5,7% auf 358,4 Mrd S. Diese stärkere Zuwachsrate ergibt sich daraus, daß die zusätzliche 13. Rate der Umsatzsteuer 1994 vollständig dem Bund verblieb. 1995 sind die Netto-Steuereinnahmen um 3% höher als 1994 und erreichen 369,0 Mrd S. Das ergibt sich aus den unterschiedlichen Verteilungsschlüsseln einzelner gemeinschaftlicher Bundesabgaben, aber auch aus dem überdurchschnittlichen Anstieg der ausschließlichen Bundesabgaben. Allerdings werden die EU-Beitragszahlungen von den Steuereinnahmen abgesetzt, sodaß formal die Netto-Steuereinnahmen mit 340,9 Mrd S ausgewiesen sind.

Die steuerähnlichen Einnahmen erhöhen sich sowohl 1994 (+ 8,2%) als auch 1995 (+ 5,0%) überdurchschnittlich. Sie sind 1995 mit 103,7 Mrd S präliminiert. Die kräftige Zuwachsrate war 1994 großteils auf die Anhebung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags auf 6% (vorher 5,3%) zurückzuführen, welche die Einnahmen um 16,5% auf 41,3 Mrd S im Jahre 1994 steigen ließ. 1995 nehmen die steuerähnlichen Einnahmen (bei unveränderten Sätzen) etwa gleich stark zu wie die Lohnsumme in der Wirtschaft. Sie sind zur Gänze zweckgebunden, ihre Entwicklung beeinflusst daher formal das Nettodefizit nicht.

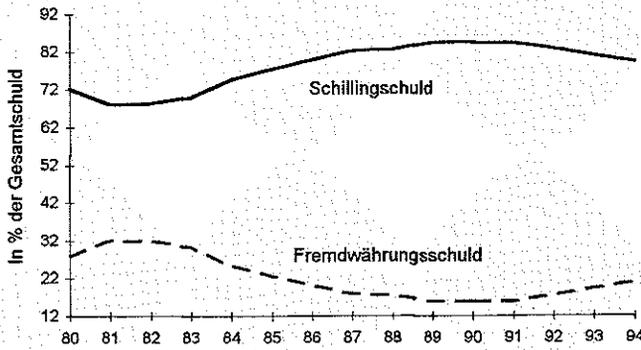
Die Betriebsüberschüsse stammen großteils von der Post. Ihr Überschuß nahm 1994 auf 9,8 Mrd S zu (1993 8,2 Mrd S), für 1995 erwartet die Post ein Ergebnis von 10,5 Mrd S. Der Überschuß des Branntweinmonopols wird durch die Umstellungen nach dem EU-Beitritt von 0,8 Mrd S (1994) auf 0,1 Mrd S (1995) sinken. Die Bundesforste erzielten nach dem Betriebsabgang 1993 im Jahr 1994 konjunkturbedingt einen Überschuß von 0,11 Mrd S, der 1995 auf 0,18 Mrd S steigen soll.

Die sonstigen Einnahmen sind recht heterogen, und die einzelnen Komponenten entwickeln sich unterschiedlich. Insgesamt brachten sie 1994 88,5 Mrd S (+ 18,9%), für 1995 werden 96,0 Mrd S (+ 8,5%) erwartet. Die Einnahmen aus Besitz und Unternehmung enthalten auch die Zahlungen der ÖBB für die Benützung der Infrastruktur, die 1994 erstmals zu leisten waren (2,5 Mrd S); daraus erklärt sich die große Zuwachsrate gegenüber 1993. 1995 sind hohe Zinseinnahmen präliminiert (13,6 Mrd S). Sie stehen je-

⁵⁾ Siehe dazu auch Puwein W. 'Auswirkungen der Mineralsteuererhöhung auf den Treibstoffabsatz' in diesem Heft

Struktur der Finanzschuld

Abbildung 4



doch zu einem erheblichen Teil im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen, die gleich hohe Ausgaben erfordern (9,7 Mrd S)

Die Einnahmen aus Dividenden entsprechen 1994 mit 7,3 Mrd S und 1995 mit 7,1 Mrd. S annähernd dem Niveau von 1993. Die großen Schwankungen der sonstigen Einnahmen rühren vor allem von Privatisierungserlösen und Rücklagenentnahmen her: 1994 wurden Beteiligungen in Höhe von 0,35 Mrd. S veräußert, für 1995 werden 13,0 Mrd. S an Veräußerungserlösen aus dem Verkauf von Anteilen an der Creditanstalt Bankverein, dem Flughafen Wien und den Illwerken erwartet. Die Rücklagenentnahmen spielen sowohl 1994 als auch 1995 eine große Rolle. 1995 werden vor allem die 1994 der Ausgleichsrücklage zugeführten Mittel wieder aufgelöst. Diese Entwicklung dürfte sich künftig jedoch nicht fortsetzen lassen. Die Zahlungen aus der EU betragen rund 13,1 Mrd. S; formal werden sie mit den Beitragszahlungen saldiert.

Finanzschuld verlagert sich weiter zur Fremdwährungsschuld

Der Bund nahm 1994 173,1 Mrd. S an Krediten zur Budgetfinanzierung auf. Dem stehen Tilgungen von Finanzschulden von 67,6 Mrd. S gegenüber. Der Fremdwährungsanteil an der gesamten Finanzschuld des Bundes hat sich weiter erhöht und erreichte 1994 mit 20,9% (1993 19,2%) den höchsten Wert seit 1986.

Innerhalb der Schillingschuld setzte sich die Verlagerung zu den titrierten Krediten, insbesondere den Anleihen weiter fort. Auf Schillinganleihen entfielen 1994 39,1% der gesamten aushaftenden Finanzschuld. Das ist der höchste Anteil seit 1968. Diese Verlagerung dürfte auch damit zusammenhängen, daß Schillinganleihen des Bundes von ausländischen Zeichnern stark nachgefragt wurden. Insgesamt entfielen auf die titrierte Schillingschuld 1994 55,1% (1993 54,3%) der Finanzschuld. Der Anteil der nicht-titrierten Banken- und Versicherungsdarlehen ging hingegen auf 23,8% (1993 26,4%) zurück.

Die Finanzschuld des Bundes betrug Ende 1994 1.214,5 Mrd. S und war damit um 9,5% höher als 1993 (1.109,0 Mrd. S). Die Zunahme entsprach annähernd dem

Entwicklung der Finanzschuld

Übersicht 15

| | Stand 31. Dezember 1993 | | Stand 31. Dezember 1994 | | Veränderung gegen das Vorjahr in % |
|--------------------------------------|-------------------------|----------------------|-------------------------|----------------------|------------------------------------|
| | Mrd. S | In % der Gesamtsumme | Mrd. S | In % der Gesamtsumme | |
| Anleihen | 396,2 | 35,7 | 474,4 | 39,1 | + 19,7 |
| Bundessobligationen | 85,6 | 7,7 | 74,7 | 6,1 | - 12,8 |
| Schatzscheine | 121,1 | 10,9 | 119,9 | 9,9 | - 1,0 |
| Notenbankschuld | 0,5 | 0,0 | 0,6 | 0,0 | + 18,0 |
| Versicherungsdarlehen | 83,3 | 7,5 | 92,7 | 7,6 | + 11,3 |
| Bankendarlehen | 209,3 | 18,9 | 197,0 | 16,2 | - 5,9 |
| Sonstige | 0,1 | 0,0 | 1,2 | 0,1 | |
| Schillingschuld insgesamt | 896,2 | 80,8 | 960,5 | 79,1 | + 7,2 |
| Anleihen | 190,0 | 17,1 | 217,7 | 17,9 | + 14,6 |
| Schuldverschreibungen | 12,5 | 1,1 | 10,3 | 0,8 | - 17,5 |
| Auslandskredite | 10,3 | 0,9 | 26,0 | 2,1 | + 151,8 |
| Fremdwährungsschuld insgesamt | 212,9 | 19,2 | 254,0 | 20,9 | + 19,3 |
| Insgesamt | 1.109,0 | 100,0 | 1.214,5 | 100,0 | + 9,5 |

Nettodefizit. Im Gegensatz zu 1993 überstiegen 1994 sowohl für die Finanzschuld als auch für die Währungstauschverträge die Kursgewinne die Kursverluste. In Summe verringerten die Kursveränderungen 1994 die Finanzschuld um 7,2 Mrd. S (1993 hatten sich per Saldo Kursverluste von 15,4 Mrd. S ergeben). In jedem Fall sind aber die Kursveränderungen reine Buchungsvorgänge und nicht budgetwirksam.

Zusammenfassung

Die Steuerreform prägte 1994 den Bundeshaushalt deutlich und hatte erhebliche Einnahmehinfortfälle zur Folge. Dazu kamen Effekte der (befristeten) Anhebung des Investitionsfreibetrags. Insgesamt stützte der Bund 1994 durch seine Steuerpolitik den Konjunkturaufschwung. 1995 wird einerseits der EU-Beitritt Österreichs (teils durch einmalige, nur 1995 wirksame Effekte) den Bundeshaushalt belasten, andererseits zeigen sich Ansätze zur Budgetkonsolidierung. Die Ausgaben steigen insgesamt schwächer als das Brutto-Inlandsprodukt. Das Stabilisierungspaket wird vor allem in den Transfers, aber auch in den Investitionen und laufenden Sachaufwendungen spürbar.

Die Konvergenzkriterien im Vertrag von Maastricht und die (internationale) Beurteilung der Budgetpolitik eines Landes beziehen sich auf den gesamten öffentlichen Sektor. Daher wird der Entwicklung der Länder- und Gemeindehaushalte zunehmende Aufmerksamkeit und Bedeutung zukommen. Im Bundeshaushalt erreicht die Finanzierung anderer öffentlicher Rechtsträger (auch 1994/95) ein immer größeres Ausmaß. Das wachsende Auseinanderklaffen von Finanzierung und Leistungserstellung erschwert die Budgetkonsolidierung auf allen Ebenen. Eine bessere Abstimmung der Budgetpolitik zwischen den einzelnen Trägern öffentlichen Rechtes vor allem den Gebietskörperschaften, wird daher eine wichtige Voraussetzung für die künftige Budgetkonsolidierung sein.

Federal Budget in 1994 and 1995 Shaped by Tax Reform and Austria's Accession to the EU

Summary

In 1994 the federal budget stimulated the cyclical upturn. The main factors shaping the budget proposal for 1995 are the accession to the EU, which increases the net deficit by some Sch 27.5 billion, and the austerity package, which reduces the shortfall by about Sch 17 to 18 billion.

The budget of 1994 was shaped primarily by changes introduced in the second stage of the tax reform. The elimination of the tax on industry and trade, the property tax, the capital death duty, the special tax on banks, as well as the increase in the general income tax credit from Sch 5,000 to 8,840 per year reduced the gross tax revenue ratio (in relation to GDP) from 24.2 percent in 1993 to 23.4 percent in 1994; this corresponds to a drop in revenues of close to Sch 19 billion. (The elimination of the tax on industry and trade was compensated by the rise in the general municipal charge on wages from 2 percent to 3 percent and the widening of the tax base. Thus, the municipalities did not experience a revenue loss.)

To these effects must be added the stimulating effects of the increase in the business investment allowance (from 20 percent to 30 percent) for the period from February 1, 1993 to March 31, 1994. The revenue loss due to this measure will be felt in the budget only after some time.

As far as the budget proposal for 1995 is concerned, Austria's accession to the EU is producing additional expenditures (payments to agriculture) and reduced revenues (payments to the EU budget and lower revenues from the value added tax), increasing the net deficit by Sch 27.5 billion. Only a small part of this increase, however, will affect domestic demand, because the drop in the value added tax revenues has only liquidity effects and the payments to the EU budget are equivalent to transfer payments to foreign countries.

The austerity package will cut expenditures in 1995 by more than Sch 10 billion, or about 1.5 percent of GDP. Moreover,

the increase in revenues from the hike in the mineral oil tax and in the pension contributions by civil servants totals about Sch 6 billion. In sum, the austerity budget proposed by the federal government will relieve the budget by some Sch 16 to 17 billion (0.7 percent of GDP).

Government expenditures on wages and salaries (including those of teachers employed by the provinces) will rise by 3.6 percent in 1995; this rate is below the rate expected for the whole economy. If the increase in pension contributions is taken into account, civil servants cannot count on a rise in real income. The austerity package not only dampens the growth in wages and salaries, but also the growth in investment outlays and in expenditures on goods.

The consolidation drive will have a particularly strong impact on transfer payments; family allowances are being reduced by Sch 100 per child and month, so that expenditures on this item are expected to fall by 9.4 percent to Sch 37.1 billion. The cyclical upswing as well as consolidation measures will reduce growth in expenditures on unemployment insurance to 1.6 percent.

Interest payments (excluding swap interest payments which are offset by corresponding revenues) are expected to rise by 11.6 percent to Sch 84.9 billion; this upward trend impedes fiscal consolidation. Moreover, it turns out that payments to other public law entities are on the rise. This phenomenon points to a widening gap between production and financing, a factor also rendering the consolidation of the budget more difficult.

A better coordination of fiscal policy between the various public law entities, especially the territorial authorities, will be an important precondition for fulfilling those Maastricht criteria which relate to the fiscal position of the whole public sector.